

Nepp ortet rot-grünes Totalversagen in Asylpolitik

FPÖ fordert harte Konsequenzen für kriminelle Asylwerber

Nach der Serie schockierender Messerattentate in Wien fordert Wiens Vizebürgermeister Dominik Nepp (FPÖ) harte politische Konsequenzen. „In Wien halten sich mangels jeglicher Kontrolle tausende abgelehnte Asylwerber als U-Boote auf, die in die Kriminalität abtauchen und zur zunehmenden Gefahr für die Bevölkerung werden“, so Nepp. Der Wiener SPÖ legt Nepp eine „Triple-A-Strategie“ nahe, die kurz und klar sei: „Ausforschen. Aufgreifen. Abschieben.“

Offenbar sei jetzt ein Punkt erreicht, an dem insbesondere in Wien ein alarmierender Preis für das Versagen der einstigen rot-schwarzen Bundesregierung und der verantwortungslosen Willkommenspolitik der rot-grünen Stadtregierung gezahlt wird. Nepp begrüßt in diesem Zusammenhang die Anstrengungen der neuen Bundeskoalition und zeigt sich zuversichtlich, dass Grenzsicherung, strengere und beschleunigte Verfahren, konsequentere Abschiebungen sowie mehr Polizei unter freiheitlichen Ministern die Situation mittelfristig wieder entschärfen können.

Doch auch die rot-grüne Stadtregierung müsse sich endlich der Realität stellen und Sofortmaßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung ergreifen. Als konkrete Forderungen der Wiener Freiheitlichen führt Nepp unter anderem an:

- Finanzleistungen aus der Grundversorgung sollen in Zukunft nur noch von der Stadt Wien an die insgesamt rund 19.500 Anspruchsberechtigten geleistet werden. Der bestehende Passus im Landesgesetz, wonach auch „humanitäre, kirchliche oder private Einrichtungen“ respektive „Institutionen der freien Wohlfahrtspflege“ zur Mitarbeit in Sachen Grundversorgung herangezogen werden können, müsse gestrichen und durch die Verpflichtung der Stadt Wien ersetzt werden, ihre Verantwortung zu erfüllen. Nur so ist eine Kontrolle und ein Frühwarnsystem über abgetauchte Personen gewährleistet.
- Asylwerber, die sich in laufenden Verfahren befinden, sollen nur noch in städtischen Quartieren untergebracht werden und nicht auf Privatadressen verteilt werden. Nur so ist gewährleistet, dass es Kontrolle darüber gibt, ob diese Personen vorgeschriebene behördliche Wege erledigen, Basis-Integrationsangebote wahrnehmen und amtliche Bescheide zugestellt bekommen.
- Eine Unterbringung in besonders streng kontrollierten Quartieren für Asylwerber, die einen abschlägigen Bescheid erhalten haben und eine nur noch begrenzte Wartefrist bis zur Ausreise haben. Denn für diesen Personenkreis kann es besonders verlockend sein, als U-Boote unterzutauchen.

„Vor allem aber fordere ich die Stadt Wien auf, in enger Kooperation zwischen Magistratsabteilungen, Ordnungskräften und der Wiener Polizeidirektion illegale auszuforschen und aufzugreifen, damit sie in Folge möglichst rasch abgeschoben werden können. Die Hot-Spots in Wien sind ja bekannt, und wie sich bei dem afghanischen Amokläufer im 2. Bezirk gezeigt hat, ist der Aktionsradius dieser Personen ja auch nicht gerade groß.“